



## Plenarrede am 14. Dezember 2023 zum Abschluss der Haushaltsberatungen 24/25

*\*\*\* Es gilt das gesprochene Wort \*\*\**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Wir haben es eben gehört: Diese Koalition hatte durch die Wiederholungswahl, Zeitmangel und sicherlich auch fehlende Regierungserfahrung der CDU, lieber Herr Zander, wenig Möglichkeiten, einen transparenten, investiven Haushalt aufzustellen, der ausreichend die Bedürfnisse dieser Stadt berücksichtigt. Trotz der so nie dagewesenen Größe klaffen ausgerechnet im sensibelsten Bereich, der alle etwas angeht, offene Wunden.

Denken wir nur an den Wenckebach-Gesundheitscampus, eine landesweite Entscheidung, die so, wie es aussieht, in keinem Fall mit den ausreichenden Landesmitteln hinterlegt ist. Demnach ist fraglich, wie die Planungen in den nächsten zwei Jahren aufrechterhalten werden können. Das geht auf Kosten aller, denn wir werden alle mal auf die Hilfe von Pflegenden und Gesundheitsfachpersonal angewiesen sein. Und warum musste die Koalition erst daran erinnert werden, dass, wenn sie gesundheitliche Versorgung für Obdachlose um fast 20 Prozent kürzt, hier eine 24/7-Versorgung für einen sehr vulnerablen Personenkreis nicht mehr gewährleistet ist? Hätten wir den Trägern der freien Wohlfahrt und ihrem Personal nicht diese Monate der Ungewissheit ersparen können? Und schlagen Sie als Nächstes vor, andere 24/7-Einrichtungen wie zum Beispiel Krankenhäuser oder Pflegeeinrichtungen auch an zwei Tagen die Woche zu schließen? Das kann doch nicht der richtige Weg sein!

Denn: Gesundheitspolitik ist Sozialpolitik ist Personalpolitik. Das heißt, es geht nicht nur darum, ob an bestimmten Stellen Geld reingegeben wird oder nicht, es geht auch darum, wie die Mittel eingesetzt werden. Über das Krankenhaus des Maßregelvollzugs, lieber Herr Zander, und ein entsprechendes Personalkonzept sprechen wir ja dann zu unserem grünen Antrag im Januar. Ein weiteres Thema, das immer wieder auf die Agenda geholt werden musste – was Sie schon angekündigt haben –, ist die Schwangerschaftskonfliktberatung. Hier wurden nun endlich nachträglich die gesetzlich vorgeschriebenen Gelder reingegeben. Auch hier hätten wir uns das halbe Jahr Unruhe sparen können. Und noch etwas zum Wie: Wir Grünen konnten Grundsteine für gleich zwei Berliner Landesprogramme legen. An das Programm für integrierte Versorgung knüpft bereits der gemeinsame Bundesausschuss an, denn unser Modellprojekt in Neukölln hat den Innovationsfonds erhalten. Nun kann das Gesundheitskollektiv Vorbild für die Regelversorgung werden; gut, dass wir daran gemeinsam mit der Gesundheitsverwaltung weiterarbeiten.

Das Green-Hospital-Programm, das mit grüner Handschrift Eingang in den Haushalt gefunden hatte, und was davon übrig geblieben ist, überlasse ich dann meiner Kollegin Silke Gebel. Ich freue mich auf ihren Bericht.